



Ein starkes Zeichen

Eigentlich sind die Menschen in der Ukraine mit ganz Anderem beschäftigt, als sich Solidaritätsbekundungen durchzulesen. Sie kämpfen um ihr Leben und die Existenz ihres Landes. Dennoch stützt die weltweite Solidarität die Moral der Menschen. Ein besonders starkes Zeichen ging gestern von der Weltgemeinschaft aus. In Krisenzeiten gewinnen Politiker an Format, wenn sie es klug anstellen. Auf unsere ebenso junge wie neue Außenministerin **Annalena Baerbock** trifft das zu. Unermüdlich ist sie in der Welt unterwegs und macht sich zu Recht gegenwärtig nichts aus ihrer grünen Klimabilanz durch Nutzung der Flugbereitschaft der Bundesregierung. Ihre spontane Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen war beeindruckend und hat ihr Ziel, einige Staaten, deren Abstimmungsverhalten noch schwankend war, erreicht.

Letztlich haben 141 Staaten, 73%, der Vereinten Nationen für die Resolution gestimmt, die Russland auffordert, den Krieg in der Ukraine sofort zu beenden. An die Beschlüsse der Vollversammlung ist leider niemand gebunden, aber selbst wenn, würde das Putin ignorieren. Fünf Länder (2,6%) haben dagegen gestimmt. Neben Russland Belarus, Nordkorea, Eritrea und Syrien.

Aber auch ein Blick auf die 35 (18%) Länder, die sich enthalten haben, lohnt sich zur Einordnung der politischen Lage in der Welt: Algerien, Angola, Armenien, Äquatorialguinea, Bangladesch, Bolivien, Burundi, El Salvador, Indien, Irak, Iran, Kasachstan, Kirgisistan, Kongo, Kuba, Laos, Madagaskar, Mali, Mongolei, Mosambik, Namibia, Nicaragua, Pakistan, Senegal, Simbabwe, Sri Lanka, Sudan, Südafrika, Südsudan, Tadschikistan, Uganda, Tansania, Vietnam, VR China, Zentralafrikanische Republik. Jedes einzelne Land wird Gründe für seine Enthaltung haben. Enthaltungen liegen dem Nein näher als dem Ja. $141 + 5 + 35 = 181$. 193 Staaten sind Mitglied der UN, was mit den zwölf fehlenden Ländern ist, war auf die Schnelle nicht zu ermitteln.

Unvermindert geht der Krieg weiter. Die Widerstandskraft der Ukraine ist beeindruckend. Inzwischen sind auch Putins tschetschenische „Bluthunde“ in der Ukraine angekommen. Der Krieg steht damit vor einer weiteren Eskalationsstufe und wird noch schmutziger. Schon jetzt liegen Städte in Schutt und Asche. Wie dieses Drama ausgehen wird, weiß niemand. Man sollte sich nicht darauf verlassen, dass Putins Armee von allein den Rückweg antritt.

Ein besonders peinliches Zeichen setzten gestern die Regierende Bürgermeisterin **Franziska Giffey**, ihre Sozialsenatorin **Katja Kipping** und deren Staatssekretärin **Wenke Christoph** in der Abendschau. Demnach kümmern sich um die ankommenden Kriegsflüchtlinge auf dem Haupt- und Busbahnhof im Wesentlichen Ehrenamtliche, denen Frau Kipping sehr dankbar ist. Frau Giffey ruft nach Hilfe aus anderen Bundesländern und dem Bund; jetzt werde man „in die Schritte gehen“, das zu organisieren. Jetzt? Seit dem 24. Februar wissen wir, dass Kriegsflüchtlinge kommen werden, die auch in Berlin stranden. Der Abendschau-Beitrag vermittelte nicht den Eindruck, als habe sich der Senat darauf hinreichend eingerichtet. Für Frau Christoph stellt sich die Lage „dynamisch“ dar, ein Wort, das sie mehrfach wiederholte. Schön wäre es, wenn der Senat seine Maßnahmen auch dynamisieren würde, bevor es zu peinlich wird.

Apropos peinlich.

Es macht einem Angst, dass Altersstarrsinn so dynamisch sein kann. Was ist bloß los mit **Gerhard Schröder**, unserem einstigen Friedenskanzler. **Julia Haak** schreibt in einem Kommentar der *Berliner Zeitung*: „Man kann sagen, Gerhard Schröder hat auch den letzten möglichen Zeitpunkt verpasst, noch vernünftig aus der Sache rauszukommen. Deshalb geschieht es ihm recht, dass er jetzt von allen Seiten gleichzeitig verlassen wird: Parteikollegen, Unternehmer, Sportklubs.“ Borussia Dortmund hat Schröder die Ehrenmitgliedschaft entzogen. Sogar die Aberkennung der Ehrendoktorwürde der Uni Göttingen wird geprüft.

Schröder ist auf dem Weg, eine geächtete Person zu werden. Er, der sich mit seiner Frau gern gesellschaftlich zeigt, dürfte demnächst keine Einladungen mehr in seinem Briefkasten vorfinden. Niemand zwingt ihn, seine Freundschaft zu Putin aufzugeben. Der Rücktritt aus Putins Staatskonzernen ist aber überfällig. Bei Nord Stream 2 gibt es für ihn nichts mehr zu tun. Und auch die Aktivitäten von Gasпром in Deutschland sind am Ende. Allein des Geldes wegen wird Schröder ja wohl nicht an seinen Jobs festhalten, wobei er angesichts der Beschränkungen des Zahlungsverkehrs ohnehin seine Zuwendungen nicht bekommen dürfte. Seine vier Mitarbeiter im Alt-Kanzler Büro des Bundes haben sich versetzen lassen. Es wird einsam um ihn. Schade, dass dieser Mann so enden muss. Enden muss auch endlich Putins Krieg.

Ed Koch